

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen**Auskömmliche Budgets und Planungssicherheit für Jobcenter**

Bundesweit haben die Jobcenter erhebliche Probleme in der punktgenauen Ausschöpfung der jeweils für ein Kalenderjahr zugeteilten Eingliederungsmittel. Am Jahresende bestehende Budgetreste können aufgrund bundesgesetzlicher Regelungen nicht auf das Folgejahr übertragen werden. Dies führt auch im Land Bremen dazu, dass für Qualifizierung und Beschäftigungsmaßnahmen vorgesehene Gelder teilweise ungenutzt zurückgeführt werden müssen.

Die Nutzung aller Eingliederungsmittel wird auch dadurch erschwert, dass über den Jahreswechsel weit hinausreichende Maßnahmen nur möglich sind, wenn sie durch Verpflichtungsermächtigungen abgesichert sind. Diese sind jedoch oft so knapp bemessen, dass längerfristige Maßnahmen aus haushaltsrechtlichen Gründen in der zweiten Jahreshälfte nicht mehr begonnen werden können. Die jahresbezogene Zuordnung der Verpflichtungsermächtigungen erschwert die kontinuierliche Bewirtschaftung der Eingliederungsmittel zusätzlich. Mehr Spielraum bei über den Jahreswechsel hinausgehender Mittelverpflichtung würde die Planungssicherheit und die Budgetausschöpfung verbessern. Zugleich würde der bürokratische Aufwand verringert.

Ein Teil der Eingliederungsmittel bleibt ungenutzt, weil Maßnahmen durch Nichtantritte, Fehlzeiten und Abbrüche nicht ausgelastet sind. Diese freien Ressourcen können von anderen Arbeitslosen aber meist nicht genutzt werden, weil das IT-System Überbuchungen oder Wartelisten nicht vorsieht.

Aus Sicht der Arbeitslosen ist diese Mittelverteilung nicht akzeptabel. Es ist unbefriedigend, dass fast 90 % der Jobcenter zur Deckung der Verwaltungskosten Eingliederungsmittel einsetzen müssen, weil ihr Verwaltungsbudget nicht auskömmlich ist. Auch in Bremen und Bremerhaven gab es zur Sicherung einer guten Beratungs- und Betreuungsqualität solche Umschichtungen. Erste Ergebnisse der aus Landesmitteln mitfinanzierten Joboffensive signalisieren, dass eine gute Personalausstattung die Vermittlungsergebnisse verbessert. Obwohl Bremen durch zusätzliche Vermittlungen in Arbeit Transferzahlungen einspart, kann das Land die Pflichten des Bundes nicht dauerhaft übernehmen.

Die Eingliederungsmittel müssen ungekürzt in Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik fließen. Auch der Vorwurf, die Jobcenter würden nicht ordnungsgemäß haushalten, muss nicht zuletzt im Sinne der Akzeptanz ihrer Arbeit endlich ausgeräumt werden. Damit alle im Bundeshaushalt für die aktive Arbeitsmarktpolitik vorgesehenen Mittel bestimmungsgemäß genutzt werden können, muss insbesondere das Haushaltsrecht dringend geändert werden. Entsprechende Forderungen haben die Arbeits- und Sozialministerinnen/-minister bzw. Senatorinnen/-senatoren aller Bundesländer schon im November 2013 einstimmig beschlossen.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) bekräftigt die Forderungen der Arbeits- und Sozialminister aller Länder vom November 2013 und bittet den Senat, sich nachdrücklich für die rasche Umsetzung der gefassten Beschlüsse einzusetzen. Im Sinne aller Betroffenen muss schnellstmöglich erreicht werden, dass die Bundesregierung

1. für einen ausreichenden Haushaltsansatz bei den Eingliederungsmitteln sorgt,
2. die Übertragung nicht verausgabter Eingliederungsmittel, insbesondere der Jobcenter, ermöglicht,
3. allen für die Grundsicherung für Arbeitsuchende zuständigen Jobcentern auskömmliche Verwaltungskostenbudgets zur Verfügung stellt,
4. eine ausreichende Budgetvorbelastungsquote bzw. höhere Verpflichtungsermächtigungen ermöglicht, um die überjährige Planungssicherheit der Jobcenter zu gewährleisten und die Bewirtschaftung der Eingliederungsmittel vor Ort zu erleichtern sowie
5. Überbuchen und Wartelisten für solche Maßnahmen ermöglicht, die die definierte Zahl der Teilnehmenden wegen Nichtantritten, Fehlzeiten und Abbrüchen regelmäßig nicht erreichen.

Dieter Reinken, Klaus Möhle,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Frank Willmann,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen